

Das Zauberwort heißt Umverteilung

ARMUT Wer Flüchtlingselend zur Messlatte für Armut macht, verhindert eine Debatte über Ungleichheit

Für manche Politiker, Wissenschaftler und Journalisten existiert Armut nur dort, wo Menschen total verelenden oder wie Vieh auf den Straßen eines sogenannten Dritte-Welt-Landes verenden. Sie würden den Begriff „Armut“ am liebsten so eng fassen, dass in der Bundesrepublik davon kaum noch die Rede sein könnte. Dieser Haltung liefert die Flüchtlingsfrage nun zusätzliche Munition. Denn im Zentrum des Armutsdiskurses steht nicht mehr der Hartz-IV-Bezug, sondern das „Dritte-Welt-Elend“ der Geflüchteten.

Je krasser die Verteilungsschieflage bei Einkommen und Vermögen in einem reichen Land wird, umso mehr wächst der Drang, dortige Armut auf krasse Notlagen und Flüchtlingselend zu reduzieren. Das „importierte“ Elend darf aber nicht zur Messlatte für Armut im Wohlstand gemacht werden. Umgekehrt gilt: Je entwickelter eine Gesellschaft ist, desto weiter sollte ihr Armutsverständnis sein. Ein hoher Lebensstandard fördert die soziale Ausgrenzung von Menschen, deren Einkommen nicht reicht, um in prestigeträchtigen Konsumbereichen „mitzuhalten“ und sich gleichberechtigt am sozialen, kulturellen und politischen Leben zu beteiligen.

Armutsdiskurse im Wandel

Jahrzehntlang war Armut in der Bundesrepublik ein Tabuthema, das die Öffentlichkeit höchstens in der Vorweihnachtszeit bewegte. Als die (Angst vor der) Armut durch Hartz IV bis zur Mitte der Gesellschaft vorrangig und sich dort zu verfestigen begann, avancierte Armut zu einem Modethema, das in TV-Talkshows zerredet wurde. Vor zwei Jahren warf die CSU rumänischen und bulgarischen Arbeitsmigrant(inn)en mit ihrer Kampagne „Wer betrügt, der fliegt!“ vor, rechtswidrig in „unsere Sozialsysteme“ einzuwandern und die Armut ihrer Herkunftsländer einzuschleppen. Glaubt man dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, gibt es in Deutschland sonst praktisch keine Armut.

Seit geraumer Zeit wird in Medien und politischer Öffentlichkeit nicht zuletzt durch die monothematische Behandlung der „Flüchtlingskrise“ beständig Sozialneid geschürt. Statt die Probleme und damit auch die Armut der Geflüchteten zu thematisieren, befassen sich Politiker und Publizisten mit den Problemen, die Flüchtlinge und andere Migranten machen. Dabei könnte in einer Zuwanderungsdebatte, die sich primär um die – angebliche oder wirkliche – Mehrbelastung des Staatshaushalts durch „Flüchtlingsströme“ dreht, endlich einmal die extreme Verteilungsschieflage in Deutschland skandalisiert werden.

Während viele Menschen im Begriff der Armut nur ein Synonym für Not und Elend in den Herkunftsländern der Flüchtlinge sehen, erkennen andere darin auch die beschämendste Ausprägung der sozialen Ungleichheit im eigenen Land. Der

„klassische“ Armutsbegriff, welcher von der Antike über das christliche Mittelalter bis zur Neuzeit im Gebrauch war, bezog sich auf die Frage, ob jemand mehr besaß, als er zum Überleben benötigte. Wer dieses Kriterium heute noch anlegt, verschließt sich der Erkenntnis, dass ein moderner Armutsbegriff differenzierter sein muss, weil er mit zu berücksichtigen hat, in welcher Gesellschaft ein Mensch lebt und wie groß der ihn umgebende Wohlstand ist.

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in sich entwickelnden und in Wohlstandsgesellschaften sollte man zwischen absoluter, extremer oder existenzieller Armut einerseits sowie relativer Armut andererseits unterscheiden. Von absoluter Armut ist betroffen, wer seine Grundbedürfnisse nicht zu befriedigen



CHRISTOPH BUTTERWEGGE

höchstwahrscheinlich arm; wer in Sierra Leone keinen Pullover besitzt, ist es deshalb noch lange nicht. Relative Armut hat weniger mit Not und Elend zu tun als mit Reichtum, der sehr ungleich verteilt ist. Wer eine zu große

soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft anerkennt und ihren Ausdruck in relativer Einkommensarmut sieht, der akzeptiert damit zumindest implizit die Legitimität und Notwendigkeit einer Umverteilung von oben nach unten. Hier dürfte ein Grund dafür liegen, warum die Existenz relativer Armut oft gerade von denen geleugnet wird, die zu den Privilegierten, Besserverdienenden und Vermögenden gehören.

Laut einer EU-Konvention wird das Ausmaß der relativen Armut in den Mitgliedstaaten bestimmt, indem man die Quote derer ermittelt, die



Foto: plainpicture

gen vermag, also die für sein Überleben notwendigen Nahrungsmittel, sauberes Trinkwasser, eine den klimatischen Bedingungen angemessene Kleidung, ein Dach über dem Kopf und eine medizinische Basisversorgung entbehrt. Von relativer Armut ist betroffen, wer zwar seine Grundbedürfnisse befriedigen, sich aber mangels finanzieller Ressourcen nicht oder nicht in ausreichendem Maße am gesellschaftlichen Leben beteiligen kann und den üblichen Lebensstandard deutlich unterschreitet.

Lebt der Betroffene im zuerst genannten Fall am physischen Existenzminimum, verfehlt er im zuletzt genannten Fall das soziokulturelle Existenzminimum, was den Ausschluss von normalen sozialen, kulturellen und politischen Aktivitäten bedeutet. Selbst das physische Existenzminimum und die Grenze zur absoluten Armut sind nur schwer festzulegen, weil sie beispielsweise davon abhängen, ob jemand in einem warmen oder einem kalten Land lebt: Wer in Sibirien keinen Pullover besitzt, ist

weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben. Die Armuts(gefährdungs)quote gibt an, wie weit der untere soziale Rand von der Mitte, anders formuliert: von bürgerlicher Respektabilität, entfernt ist. Nichts anderes bedeutet relative Armut. Absolute Geldbeträge wären für einen Vergleich der sozialen Situation in den EU-Staaten ungeeignet, weil die Lebenshaltungskosten stark differieren und man von 500 Euro Monatseinkommen in dem einen Land gut leben, in dem anderen jedoch noch nicht einmal ein Zimmer mieten kann. Dies unberücksichtigt zu lassen, hieß, auf einen realistischen Armuts- und Reichtumsbegriff zu verzichten.

Weil der Armutsbegriff relativ ist und das 60-Prozent-Maß bei der Einkommensarmut willkürlich, bieten sich Kritikern, die für soziale Ungleichheit wenig sensibel sind, Angriffsflächen. Auch Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles mokierte sich zuletzt darüber, wie man in der EU die Armuts(risiko)grenze bestimmt: „Angenommen, der Wohl-

stand in unserem Land würde explodieren, dann bleibt nach dieser Definition das Ausmaß an Armut gleich.“ Tatsächlich ist aber kaum anzunehmen, dass ein solcher Wohlstandszuwachs auch den Armen zugutekäme. Würden sich die Einkommen aller Bewohner/innen eines Landes verzehnfachen, wären die Armen vermutlich immer noch arm, weil Preise und Lebenshaltungskosten im selben Maße steigen und einen realen Wohlstandsgewinn verhindern würden. Sie wären aber kaum weniger marginalisiert, weil sich ihre Einkommensposition innerhalb der Gesellschaft eher verschlechtern würde: Wer vorher 800 Euro im Monat verdient hat, käme jetzt auf 8.000 Euro; wer vorher 8.000 Euro im Monat zur Verfügung hatte, käme jetzt auf 80.000 Euro. Betrug die Differenz zwischen Gering- und Besserverdienenden in unserer Beispielrechnung anfangs 7.200 Euro, so beträgt sie nachher satte 72.000 Euro.

Die Große Koalition schafft Arme

Trotzdem favorisierte Nahles den absoluten Armutsbegriff und erwähnte in diesem Zusammenhang illegale – genauer: illegalisierte – Einwanderer und jüngere Erwerbsgeminderte, bei denen man es mit „wirklicher Armut“ zu tun habe. Das passt zur Politik der Großen Koalition, die durch ihre „Asylpakete“ und sukzessive Gesetzesverschärfungen mehr Ausweisungen und Abschiebungsbescheide erzeugt. Dadurch erhöht sich die Zahl der Migrant(inn)en ohne Aufenthaltsstatus, die untertauchen und ihren Lebensunterhalt fortan ohne Sozialleistungen bestreiten müssen.

Dem nächsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, den Nahles für Ende 2016/Anfang 2017 ankündigte, wird laut ihren Worten ein modifiziertes Begriffsverständnis zugrunde liegen. Wenn die Armutsdefinition primär auf Existenzprobleme abstellt, was zu befürchten ist, nützt den Betroffenen keine Umverteilung von oben nach unten. Diese Forderung lässt sich als Propaganda von linken Parteien, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Religionsgemeinschaften abtun. Wer nach mehr sozialer Gerechtigkeit strebt, muss sich daher gegen die Verengung des Begriffs „Armut“ auf Not und Elend ebenso zur Wehr setzen wie gegen seine Verdrängung aus dem öffentlichen Diskurs.

Christoph Butterwegge

■ Jahrgang 1951, lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Zuletzt erschien sein Buch „Reichtumsförderung statt Armutsbekämpfung. Eine sozial- und steuerpolitische Halbzeitbilanz der Großen Koalition“. Beigetragen hat er zu dem von Ulrich Schneider herausgegebenen Sammelband „Kampf um die Armut“, der die jüngsten Wandlungen des Armutsbegriffs thematisiert.

DER LOBBYIST DER WOCHE

Zur Abwechslung die Wahrheit

Es gibt Werbung und Werbung. Werbung, die ein Produkt oder eine Dienstleistung ins beste Licht setzt, dabei viel Weichzeichner verwendet – und die dazu führt, dass



Foto: reuters

am Ende alle nur noch zugreifen wollen. Und solche, die unfreiwilligerweise der Wahrheit näher kommt, als der Erfinder sich das gewünscht hätte – und der denkt am Ende nur noch, hätte er mal besser den Mund gehalten.

Werbung letzterer Art hat diese Woche der Nationale Geheimdienstdirektor der USA, James Clapper (Foto) gemacht. Genau, der Clapper, der vor drei Jahren in einer Anhörung versicherte, die NSA würde US-Staatsbürger nicht überwachen – eine Aussage, die leider schon ein paar Monate später, im Sommer 2013, durch die Veröffentlichungen von Edward Snowden konterkariert wurde. Und ja, auch der Clapper, der garantieren soll, dass Daten von EU-Bürgern in den USA künftig nicht von dortigen Geheimdiensten eingesammelt werden.

Clapper jedenfalls war diese Woche wieder mal in einer Anhörung, und zwar vor dem US-Senat. Dabei sagte er, dass seine Behörden das Internet der Dinge, also die Vernetzung von Alltagsgegenständen, zur „Identifizierung, Überwachung, Beobachtung, Lokalisierung und Auswahl für die Rekrutierung“ nutzen könnten. Oder, „um Zugang zu Netzwerken oder Passwörtern zu gewinnen“.

Was sich der Mann dabei dachte? Vielleicht gar nichts, weil die massenhafte Überwachung von BürgerInnen in seinem Job so normal ist wie die Serienproduktion von Motoren für die Autobranche? Oder: Einen schönen Gruß an die IT-Unternehmen – da ihr euch sträubt, für uns Hintertüren in eure Hard- und Software einzubauen, verrate ich, wofür wir eure Produkte wirklich nutzen?

Das wäre dann zumindest mal ehrlich.

SVENJA BERGT

MEINUNGSMACHE

Es war die Woche der kalendrischen Traditionsbrüche: In Mainz und Düsseldorf wurde der Rosenmontagszug abgeblasen und auf März verschoben. In Bayern fiel der Politische Aschermittwoch aus – aus Respekt vor den Opfern des Zugunglücks von Bad Aibling, wie die Parteien unisono verkündeten. Die kalendrische Nähe zwischen Politikerauftritten am Ort der Katastrophe und der Gaudi im Bierzelt schien zu groß, also verzichtete man ganz auf das Spektakel. Eine sinnlose Geste, weil zwischen den beiden Ereignissen kein Zusammenhang besteht. Und weil bei Seehofer die Pietät nicht einmal bis zum Abend reichte. Da bierzeltete er schon wieder über die Unrechtsherrschaft.

Nähe durch Musik

Fast fünf Millionen Dollar ließ sich San Francisco die Ausrüstung der großen Sportparty laut Budgetplanung kosten. Was so viel Geld wohl an der Situation der Obdachlosen verändern könnte?

Doch wie die Organisation „Coalition on Homelessness“ in Umfragen erhebt, ist die Stadt grundsätzlich nicht zimperlich. „Ich muss mich nachts wie ein Hund verstecken“, sagt einer von ihnen. Immer mehr Gesetze kriminalisieren das Leben von Ob-

dachlosen. Der Kontrast zur Glitzerwelt des Silicon Valley ist einfach zu groß. Immer schön den Schein wahren.

Das gilt natürlich auch für die Politik, in der Bernie Sanders das Image des makellosen Politikers gerade in seinen leicht knittrigen Anzügen und der unmodernen Brille konterkariert. Aber das Team des neuen Stars der amerikanischen Linken kennt die Mechanismen einer guten Kampagne genau. Und dazu gehört stets die passende Mu-

sik für die Auftritte in den Turnhallen und Arenen des Landes.

Bei Sanders werden zwei Klassiker gespielt: Tracy Chapman „Talkin' Bout a Revolution“ und David Bowies „Starman“. Gerade Chapman korrespondiert ganz wunderbar mit Sanders' Slogan „A Future to Believe in“, nichts anderes als eine politische Revolution rufen Sanders' Anhänger derzeit aus. Aber es geht nicht nur um den passenden Songtext. Auch ideologisch sind Chapman und Bowie

stimmig für die Zielgruppe. Die Leute sollen sich ja wohl fühlen, und ach, wenn man einen ähnlichen Musikgeschmack teilt, dann ist doch schon Nähe hergestellt zum Kandidaten.

Bei Hillary Clinton läuft übrigens ein ziemlich durchschnittlicher Pop-Klangteppich – Stichwort „Happy“ von Pharrell Williams. Noch so ein Versuch, bloß nichts falsch zu machen – und damit doch irgendwie danebenzuliegen. Der „Fight Song“ von Rachel Platten, der stets

am Ende von Clintons Auftritten gespielt wird, ist allerdings passender denn je.

Bei den Republikanern liegt die Zielgruppe am anderen Ende des politischen wie musikalischen Spektrums, weshalb bei Ted Cruz ganz anderer Stoff aus den Boxen dröhnt: Country. Da trieft der Patriotismus schon aus dem Titel: „Where the Stars and Stripes and the Eagle Fly“, singt Aaron Tippin. Die Flagge und der Weißkopfschädel, das Wappentier der USA – da drü-

ber geht nur noch die Nationalhymne.

Am tiefsten in die Klischeekiste greift aber mal wieder Donald Trump, der zu seinem Einmarsch in die großen Hallen gerne „Nessun dorma“, die Arie aus Puccinis „Turandot“, spielen lässt. Schön dramatisch und im Wortlaut passend. Gut, auf Italienisch, aber das ist eine Petitesse: „Werde ich siegen! Werde ich siegen!“, heißt es am Ende. Selbstbewusstsein hatte der Mann schon immer.

Adler und Arie